Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 68 (1988)
Heft: 9

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vom «leichten» und «schweren» Politisieren

Es ist einer jener Abende, wie sie in einem Politikerleben zu Hunderten vorkommen: Im ländlichen Gasthaus haben sich drei oder vier Dutzend Bürgerinnen und Bürger versammelt, um sich vom Vertreter der Volkskammer über Abstimmungsvorlagen sehr unterschiedlicher Art orientieren zu lassen. Es schliessen sich noch Fragen zu seinen Spezialgebieten an: Steuer- und Finanzpolitik, dazu in sehr detaillierter Form die schweizerischen Sorgen um den EG-Binnenmarkt. Der Abend wird intensiv und lang. Bei der Verabschiedung wird der Referent von einem älteren Handwerker und bestandenen Gemeindepolitiker mit einem nachdenklichen Blick bedacht, und nach einigem Zögern bricht es aus ihm heraus: «Es muss sehr schwer sein, zu politisieren, wenn man so vieles weiss wie Sie.»

Zwei Wochen später denkt der Parlamentarier an das freundliche Wort mit etwas bitterer Wehmut zurück: In jenem Moment nämlich, da er sich vom schwer verärgerten Finanzminister bei der harten Debatte über dessen ungeliebte Energieabgabe zusammen mit andern bürgerlichen «Oppositionellen» mit der bitterbösen Apostrophierung abgekanzelt sieht, man könne «viel, viel besser politisieren, wenn man von der Sache nichts versteht».

Nun war der Seitenhieb von Herrn Stich zwar sicherlich «das falsche Wort zur falschen Zeit an die falsche Adresse». Aber beide Bemerkungen, die freundliche wie die bösartige, berühren ein grundlegendes Dilemma des Politikers in unserer Zeit. Bei aller Spezialisierung und Arbeitsteilung ist und bleibt der Parlamentarier trotz allem auch Generalist. Auch wenn er sich bei seinen Entscheiden in ungezählten Fällen notgedrungen auf die zuverlässige Vorarbeit anderer Kollegen abstützen kann und muss, so ist seine Verantwortung gegenüber dem Bürger eben doch nach wie vor unteilbar.

Anderseits häuft sich die Erscheinung, dass die Mitglieder von ständigen Kommissionen oder auch von solchen, die sich teilweise über Jahre hinweg mit gesetzgeberischen Vorlagen komplexer Art zu beschäftigen haben, ihre ursprünglich durchaus profilierten Positionen von Stufe zu Stufe immer stärker «ausdifferenziert» sehen. Vor lauter Bäumen wird der Wald immer schwerer fassbar. Das Gefühl, dauernd durch in sich gegensätzliche Teilaspekte auf Kompromisse sachlicher wie politischer Art abgedrängt zu werden, wird immer übermächtiger. Und gleichzeitig erscheinen die ursprünglich anvisierten «grossen Linien» als immer sachfremder und damit unglaubwürdiger.

Das Ende vom Lied sind dann nur allzu oft Plenardebatten, bei denen die hart erarbeiteten, in sich fundierten Anträge der Kommissionen von emotionalen Stimmungslagen überdeckt oder doch massiv relativiert werden. Werden sie allzu sehr von gegenläufigen Plenarentscheiden durchlöchert,

dann verkörpern die Endprodukte schliesslich jene Art von Kompromissen, die niemanden mehr richtig befriedigen. Finden sie aber anderseits doch, wenn auch lustlose Mehrheiten, dann besteht die Gefahr, dass die Vorlagen nur noch mit Mühe über die Hürden der Volksabstimmung zu bringen sind — einerseits weil sie zu differenziert erscheinen und damit durch sogenannt griffige Abstimmungskampagnen leicht ins Zwielicht manöveriert werden können, anderseits aber auch, weil lustlos erfolgte Verabschiedungen im Plenum auf die Parlamentarier normalerweise alles andere denn stimulierend wirken, sich danach im rauhen Klima harter Referendumskämpfe energisch für Vorlagen zu engagieren, deren Details vielfach ja nur für Kommissionsmitglieder wirklich zuverlässig einsehbar sind und damit zuhanden eines breiteren Publikums wirklich verständlich und mit durchschlagender Überzeugungskraft weitervermittelt werden können.

Allheilmittel gegen solche für alle Beteiligten frustrierende Abläufe gibt es nicht. Mit diesem Dilemma haben wir zu leben. Immerhin liesse es sich um einiges mildern, wenn es gelänge, die hektische Geschäftigkeit wieder stärker unter Kontrolle zu bekommen. Dann würde es auch den parlamentarischen Generalisten wieder eher möglich, sich genauer in die Details von einzelnen Vorlagen zu vertiefen. Damit würde nicht nur die Gefahr emotionaler Zufallsentscheide in Plenarsitzungen verringert, sondern vor allem auch der Grad der Identifikation des einzelnen Parlamentariers mit den Parlamentsbeschlüssen wieder erhöht. Dies wiederum würde ihm das Engagement in Abstimmungskämpfen erleichtern, womit sich die Gefahr der «Desavouierung» von Regierung und Parlament durch den Souverän vermutlich etwas verringern liesse.

Zwar werden negative Volksentscheide hierzulande jeweils zu Unrecht als «Misstrauensvoten» gegenüber dem politischen Establishment ausgeschlachtet. Denn das Referendumsrecht hat in unserem politischen System nicht die Funktion blosser Akklamation, sondern ist substantielle letzte Stufe und damit als echtes Korrektiv unserer Entscheidungsabläufe gedacht. Doch in einer Demokratie, die von ihrem Selbstverständnis her auf Kooperation und Konkordanz, nicht auf Konfrontation angelegt ist, können allzu häufige «Verweigerungen» der Stimmbürger auf die Dauer trotzdem zu einer Belastung für das System als Ganzes werden.

Richard Reich

Chinas Reform in einer kritischen Phase

Ein Augenschein vor Ort zeigt mit einiger Deutlichkeit, dass Chinas Wirtschaftsreform an einem *kritischen Punkt* angekommen ist. Das ist eigentlich nicht erstaunlich. Die Reformer des Reichs der Mitte machen nun — und dies war zu erwarten — die Erfahrung, dass der Umbau *eines* Wirt-

schaftssektors, nämlich der Landwirtschaft, mit der seinerzeit alles begonnen hatte, und die Neukonstruktion der Wirtschaft an Haupt und Gliedern, zwei verschiedene Paar Stiefel sind. Je weiter die Reform voranschreitet, desto tückenreicher werden die einzelnen Schritte. Gefragt sind deshalb heute neue, mutige Reformentscheide, vor denen die Regierung aus den verschiedensten Gründen nun aber zurückschreckt. Wo liegen die neuralgischen Punkte?

China «eröffnete» die Reform Ende der siebziger Jahre mit der Aufhebung der Kollektivwirtschaften im Agrarsektor bzw. einer Änderung der Eigentumsordnung. Damit wurden die verschütteten individuellen Leistungsreserven bei den Agrarproduzenten freigelegt. Der Erfolg dieses Vorgehens war frappant: spektakuläre Produktionssteigerungen, eine spürbare Verbesserung der Versorgungslage und die Transformation des Landes zu einem Nettoagrarexporteur. China kämpft nun neuerdings wieder mit Versorgungsengpässen. Die Produktionssteigerungsreserven aus dieser Quelle sind offenbar ausgeschöpft. Es ist nicht ausgeschlossen, dass China 1988 wieder in die Position eines Nettoagrarimporteurs zurückfällt. Weitere Produktionssteigerungen sind nur noch mit einer substantiellen Erhöhung der *Arbeitsproduktivität* zu haben: Änderung der staatlichen Aufkaufspreise, was de facto Preiserhöhungen bedeutet; Verstärkung der Investitionen, wozu die Mittel fehlen; Förderung der Ausbildung usw. Alle denkbaren Massnahmen zur Produktivitätssteigerung haben kurzfristig keine Wirkung. Die Lage ist ungemütlich.

China leidet sodann — ebenfalls ein neues Phänomen — an *Inflation.* Sie hat das Niveau von jährlich 20% bereits überschritten; der Trend ist weiterhin steigend. Für die Erklärung der monetären Instabilitäten sind verschiedene Ansatzpunkte denkbar; es handelt sich nicht um eine monokausal erklärbare Erscheinung. Ein *Haupttäter* ist jedoch relativ leicht identifizierbar, nämlich die Notenbank bzw. ihre viel zu grosszügig konzipierte Geldpolitik. Der Schlüssel zur Lösung des Problems wäre mithin eine restriktive Geldpolitik. Aber sie ist bekanntlich mit einer Reihe eher unangenehmer «Nebenerscheinungen» gekoppelt. Sowohl die Regierung wie die Notenbank sind offensichtlich noch nicht bereit, in den sauren Apfel einer restriktiven Politik zu beissen.

Die *Dezentralisation,* d.h. die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Betriebsebene, ist vor allem im Staatssektor ins Stocken geraten. Sie hat die Betriebsebene noch kaum erreicht, weil sie entlang der politischen Gliederung des Landes erfolgte, also auf die Provinz- und die Lokalebene. Die Provinz- und Lokalbehörden haben am Entscheidungs- bzw. *Machtzuwachs* nun aber Gefallen gefunden und denken nicht daran, die Entscheidungsbefugnisse an die Betriebe weiterzugeben. Der zentrale Interventionismus ist duch einen regionalen ersetzt worden. Kommt dazu, dass einzelne Regionen gegenüber andern einen handfesten Protektionismus praktizieren, China also der Gefahr ausgesetzt ist, in *Teilmärkte* zu zerfallen.

Unter dieser Entwicklung leidet natürlich vor allem die *Preisreform.* Der Durchbruch zu einem System von Wettbewerbspreisen wird einmal durch die Inflation, sodann aber eben auch durch die Regionalisierung bzw. Seg-

mentierung der Märkte erheblich erschwert. Die Front der Preisreform scheint mindestens gegenwärtig erstarrt. Deshalb sind auch andere Reformfelder weitgehend blockiert.

Die Zukunft der Reformpolitik ist schwer vorauszusagen, weil sie von gegenläufigen Tendenzen beherrscht wird. Es kann zwar kein Zweifel darüber bestehen, dass der politische Wille zum Durchhalten vorhanden ist. Die Bereitschaft jedoch, die wichtigsten Probleme frontal anzupacken, ist nicht über alle Zweifel erhaben. Erleidet China das Schicksal anderer Reformländer, nämlich eine allmähliche *Versandung* der einst mit grossem Schwung in Szene gesetzten Neuorientierung? Diese Interpretation kann jedenfalls nicht völlig ausgeschlossen werden.

Willy Linder

Erschütterliche Gewissheiten

«Dieses geballte Energiebündel Gorbatschow ist gleichsam ein verspäteter sowjetischer 68er (. . .) Was ihn mit den 68ern verbindet, ist sein entschiedener Wille, das herrschende bürokratische und korrupte System durch die Einführung einer demokratischen Selbstverwaltung auf allen Ebenen von Partei, Staat und Wirtschaft — unter Beibehaltung des Einparteiensystems — aufzuheben. Nicht gerade alle Macht, aber eine gute Portion der Macht den Sowjets!» (Arnold Künzli, «Tages-Anzeiger» vom 6. Juli 1988.)

«Den Menschen in der Sowjetunion geht es nicht besser als vor drei Jahren, denn eine ernsthafte Perestroika hat noch gar nicht begonnen.» (Der Historiker Juri Afanasjew in «Prawda», zitiert in «Tages-Anzeiger», 27. Juli 1988.)

«Jeder örtliche Sowjet werde einen neuen Vorsitzenden haben. Die örtlichen Parteiführer würden für diesen Posten jeweils empfohlen werden.» («The Economist», 2. Juli 1988.)

«Im Westen wird mit grosser Hast alles publiziert, oft mehrfach, was Gorbatschow sagt oder schreibt. Vier Verlage in der Bundesrepublik haben die (. . .) Rede Gorbatschows zum 70. Jahrestag der Oktober-Revolution am 25. November 1987 als Taschenbuch herausgebracht (. . .) Bastei Lübbe gab seiner Ausgabe den Titel ‹Die Rede›. (. . .) Bereits die Ansprache Gorbatschows auf dem ZK-Plenum vom Januar 1987 ist als ‹Die Rede› (rororo aktuell) vorgestellt worden.» (Osteuropa 6/1988.)

*

Die Frage danach, was der Generalsekretär wirklich will, erreicht, vermag, wird oft im Zeichen von Doktrin und Voreingenommenheit beantwortet, als sei das bereits eindeutig erkennbar. Doch gilt diese Haltung keineswegs für Gewissheit, nur für eine Sowjetunion im Wandel. Ob ein Regime Ballast abwirft oder ob ein System sich wandelt, ob das zweite die gewollte oder nicht gewollte Konsequenz des ersten ist — wer wüsste das heute zu sagen?

Doch wie verhält es sich mit diesem Kommentar eines Londoner Korrespondenten der *«Frankfurter Allgemeinen Zeitung»* vom 3. August? Er bezieht sich auf den Entschluss des jordanischen Königs Hussein, das besetzte Westjordanland nicht mehr formell als ein Teil des eigenen Staates zu betrachten, und schliesst: *«An der Anerkennung des palästinensischen Nationalismus mit allen Folgen für die künftige politische Gestaltung der besetzten Gebiete führt kein Weg vorbei.»*

Als Ermahnung wäre das vertretbar, als vorgegebene Gewissheit kaum. Die Dauerhaftigkeit unzumutbarer oder unhaltbarer Zustände wird leicht unterschätzt. Wer 1960 in Südafrika vielfach gehört hat, dass das Regime der Apartheit nicht dauern könne — der Betreffende hat es freilich gerne gehört —, wird heute über Voraussagen über die unvermeidliche und tiefgreifende Veränderung in diesem Staat skeptisch denken, mag sich wiederum mit seiner Skepsis irren, wird aber mindestens keine Gewissheit äussern.

Ist die Herrschaft eines von Moskau eingesetzten Kommunisten in Kabul demnächst zu Ende, weil sich die sowjetischen Truppen zurückziehen? Die schnelle, in vieler Hinsicht falsche Analogie mit dem fluchtartigen amerikanischen Rückzug aus Südvietnam verleitet zu Gewissheiten, die Lügen gestraft werden könnten. Das in Kabul eingesetzte Regime bleibt legitim, international anerkannt, die zersplitterten Gruppen der Freiheitskämpfer bilden keine Regierung, auch wenn es genug befreites Territorium dazu gibt. Und sie haben überdies noch nicht gesiegt.

Die von Bundeskanzler Helmut Schmidt verfochtene Nachrüstung hatte eine neue Lage geschaffen, in der die Sowjetführung Interesse an Verhandlungen und an wechselseitigem Raketenabbau hatte. Dennoch äussern führende Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie die Überzeugung, dass das eine mit dem andern nichts zu tun habe, und fordern wieder wie damals einseitige Vorleistung der Abrüstung, vor der sogar Friedensforscher wie Wolf Graf von Baudissin warnen.

In Frankreich ist Präsident François Mitterrrands Autorität seit dem zweiten Wahlsieg, der viel eklatanter war als der erste, im Verblassen. Er hatte die sozialistische Partei, die die absolute Kammermehrheit besass, besser in der Hand als heute, wo die Mehrheit geschrumpft ist. Wieviele Pressekommentare sind durch diese nicht vorausgesehene Entwicklung überholt? Mitterrands Voraussicht wie die seiner Gegner — beide sind dementiert.

Als die Administration der USA beschloss, den Drogengeneral Noriega in Panama zu stürzen, zweifelten wenige, dass es sich ausnahmsweise um ein schnell zu erreichendes Ziel handle. Wer war Noriega verglichen mit Marcos? Diese Operation, die so leicht schien wie die Befreiung Grenadas von seinen Putschisten, ist aber kläglich gescheitert. Noriega ist nicht mehr der Gehaltsbezüger der CIA, aber er ist noch im Amt, und ein vom General selber einst ohne viel Federlesens eingesetzter, dann entlassener Präsident wird nicht zur Symbolfigur oder gar zum Haupt einer Gegenregierung.

Es geht mit Gewissheiten wie mit «Lösungen», weil es schwer fällt, an unlösbare Probleme und Konflikte zu glauben. Bertolt Brecht hat den Machthabern, unter deren Regime er lebte, empfohlen, sie sollten nicht auf alle Fragen Antworten parat haben. Es sei auch im Sinne der Propaganda ratsam,

eine Liste von Fragen aufzustellen, auf die man höherenorts keine Antwort wisse.

Vielleicht — wer weiss — hat Gorbatschows Reformwille wenig mit den Vorgängen von 1968 an der Sorbonne, in Berkeley, in Westberlin und um den «Globus» zu schaffen...

François Bondy

Die Schaubühne als unverbindliche Anstalt

Die Spielzeit hat begonnen. Kein Mensch kümmert sich jetzt noch um das, was gestern war. Als ich — zu Beginn der Sommerpause — das Interview las, dachte ich, es handle sich um eine Satire von Thomas Bernhard. Tonlage und Vokabular des Dialogs zwischen dem Burgtheaterdirektor und einem Journalisten glichen einem Dramolett, wie sie Bernhard von Zeit zu Zeit publiziert, geballte Ladungen mit Figuren, die von Grössenwahn und Selbstlob strotzen und vernichtende Urteile über Personen und Institutionen abgeben. Als sich dann aber herausstellte, dass hier kein dichterischer Text, sondern der Wortlaut von Ausführungen Claus Peymanns vorlag, staunte ich immer noch weniger über deren Inhalt und Form, als über ihre rasch erkennbare Folgenlosigkeit. Des Burgtheaterdirektors Rundschläge gegen den Theaterbetrieb in Wien, gegen Dramatiker und Regisseure, gegen die eigenen Schauspieler und gegen die für Kultur zuständigen Behörden hatten — nach verständlicher Aufregung und einigen Protesten — keinerlei Konsequenzen. Man muss sich schon fast genieren, heute noch davon zu sprechen. In der Politik, im Geschäftsleben, in staatlichen oder kommunalen Verwaltungen, im öffentlichen Leben insgesamt würde sich einer vollkommen unmöglich machen, wenn er so wie der Burgtheaterdirektor seinem Zorn, seinem Frust und seiner grandiosen Selbstüberschätzung Ausdruck gäbe. Das Theater allein ist ein Ort totaler Unverbindlichkeit. Nichts wird da noch für bare Münze und verpflichtende Aussage genommen. Der Einwand, es handle sich hier ja nicht um Theater, sondern um die Selbstdarstellung eines geübten Provokateurs, zählt nicht. Denn eben weil es sich um einen Theatermann handelt, funktioniert der Eclat nicht anders denn als folgenloser Gag. Darin gleicht er aufs Haar dem, was auf der Bühne geschieht und eben jetzt wieder — nach immer kürzer werdender Sommerpause — begonnen hat. *«Das Theater als moralische Anstalt heute»,* der Titel der Rede, mit der Friedrich Dürrenmatt den Schiller-Gedächtnispreis des Landes Baden-Württemberg entgegennahm, ist reine Ironie: Was Schiller anstrebte, hat sich in den zweihundert Jahren seither auf wunderliche Weise modifiziert[1]. Die öffentliche Hand ist zur Hauptstütze des Theaters geworden und hat es zu einer Einrichtung zum Nutzen und Frommen der Allgemeinheit gemacht. Die Freiheit jedoch, die der Dramatiker und die Schauspieler heute

geniessen, verweist ihre Kunst in die Unverbindlichkeit. Das Theater und seine Umwelt sind eine Domäne der Narrenfreiheit, in welcher Konsequenzen ausbleiben. Die Theatermacher haben das längst erkannt. Es gibt den Zwang und die Fürstenwillkür nicht mehr, von denen der Marquis Posa Gedankenfreiheit fordern könnte. Die Mächte, gegen die wir unsere Freiheit zu verteidigen haben, sind anonym und auf einer Bühne nicht darstellbar. Keine Publikumsbeschimpfung, keine noch so tollwütige Provokation erreichen sie. Man kann sich nur wundern, dass es noch immer Theaterdirektoren und Regisseure gibt, die es dennoch versuchen.

Tun sie es aus Selbstschutz? Ihnen ist ja nicht entgangen, wie wenig in unserer Zeit verantwortliches Handeln den Gang der Dinge aufzuhalten oder zu ändern vermag. Der Mensch von heute erkennt die Folgen seiner Taten kaum oder erst dann, wenn es schon zu spät ist, und nicht immer ist es ganz leicht, ihm zu beweisen, dass es die Folgen seiner Taten sind. Weil sie in den wenigsten Fällen voraussehbar waren und er selbst persönlich nichts hätte ändern können, fühlt er sich nicht verantwortlich. Einstein und Newton in Dürrenmatts *«Die Physiker»* sehen sich in dieser Lage; Möbius, fest entschlossen, seine Verantwortung wahrzunehmen und auch danach zu handeln, muss schliesslich erfahren, dass sein Selbstopfer nichts bewirkt. Er ist ein tragikomischer Held.

Wenn es denn also Fiktion geworden wäre, dass der Mensch als Einzelner die Folgen seiner Taten und Entscheidungen klar erkennen und in persönlicher Verantwortung Konsequenzen ziehen könnte, so ist doch eben dieses das grosse Thema von den griechischen Tragikern bis zu den Stücken der zeitgenössischen Dramatiker. Darauf beruht die Faszination des Theaters, dass es Gerichtstag hält und vorführt, was Konsequenzen hat. Es mag in dem, was es an Botschaften und sensationellen Gags produziert, noch so unverbindlich geworden sein: indem es den Einzelnen vor der Entscheidung zeigt, hält es Beispiele bereit, die niemals ohne Wirkung sind. Ihnen wird es sich immer wieder zuwenden und nicht der folgenlosen Geltungssucht einzelner seiner Protagonisten.

Anton Krättli

[1] Die Dankrede Friedrich Dürrenmatts ist, zusammen mit anderen wichtigen Reden und Essays der letzten Jahre, in dem Band «Versuche» im Diogenes Verlag, Zürich, erschienen.